

Stöhlker Lectures

Gegen das Gesetz des Dschungels

Dr. Alfred Zänker

Für das Gesetz des Handelns

Klaus J. Stöhlker

Nr. 1

Stöhlker Lectures

Nr. 1

«Kommunikation ist Sachverstand und Energie. Fehlende Kommunikation ist Unwissenheit und Stillstand; Faktoren, welche Wachstum verhindern, Innovation verunmöglichen und Visionen ersticken.»

Klaus J. Stölker

Inhalt

Gegen das Gesetz des Dschungels von Alfred Zänker, Journalist	5–21
Für das Gesetz des Handelns von Klaus J. Stölker, PR-Berater	22–26

Gegen das Gesetz des Dschungels

Liberalismus im 21. Jahrhundert – zwischen Freiheit und Ordnung

Beginnen wir mit der Gegenwart. Wer den Globalisierungsgegnern glaubt, könnte meinen, dass die Tage des Liberalismus gezählt sind. Dafür werden auch plausible Gründe angeführt. Zwar hat die Marktwirtschaft fast allen ein besseres Leben gebracht. Es ist aber auch zu üblen Auswüchsen und Fehlentwicklungen im «real existierenden Kapitalismus» gekommen: Missbräuche ökonomischer Macht, Betrügereien, Raffgier und Korruption sind an der Tagesordnung, so auch soziale Missstände und Umweltschäden. Seit dem IT-Boom sind Millionen Arbeitsplätze verschwunden. Die Wohlstandsunterschiede zwischen armen und reichen Ländern sind noch grösser geworden.

Denn ich glaube, im Gegensatz zu den Kritikern, dass der Globalisierungsprozess unumkehrbar ist.

So etwa lautet die Anklage. Sie enthält einen wahren Kern. Den Klägern fehlt allerdings oft die nötige Einsicht in die Zusammenhänge. Die Polemik übersteigt jedes Mass. Das kann bei einer solch heterogenen Massenbewegung kaum anders sein, wo sich Unzufriedene aller Welt zusammenfinden, um auf den Strassen und vor den Toren internationaler Konferenzen die verruchte Globalisierung zu verdammen. Es geht nicht um eine Abrechnung mit diesen Gruppen. Ich möchte ihrer ungehemmten Kritik aber ein positiveres Bild unserer Zeit entgegenhalten. Denn ich glaube, im Gegensatz zu diesen Kritikern, dass der Globalisierungsprozess unumkehrbar ist und dass er zu höherer Produktivität, zu steigendem und allmählich besser ausgeglichenem weltweiten Wohlstand führen wird.

Meine Überzeugung, dass sich der Trend zur freiheitlichen Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert fortsetzen wird, gründet hauptsächlich, aber nicht nur, auf sachlichen Analysen. Sie wird zweifellos auch durch subjektive Erfahrungen eines wechselreichen Lebens beeinflusst, die bis in die Zeit des Dritten Reiches zurückgehen. Wird nicht unser aller Weltbild durch Eindrücke vorgeprägt, die sich im Elternhaus, im sozialen Umfeld, in den Schul- und Studienjahren, im sportlichen und beruflichen Wettstreit bilden? Haben nicht unsere Ideen von einer «besseren Welt» stets auch einen persönlichen Hintergrund?

Freiheit und Vernunft

Das gilt auch für meine frühe Vorliebe für die offene Gesellschaft. Im Bücherschrank meines Vaters hatte ich, damals Primaner, John Stewart Mills' berühmte Schrift «On Liberty» entdeckt. Seine Argumente für eine persönliche Freiheit, die ihre Grenzen nur in der Freiheit anderer findet und nicht willkürlich durch den Staat beschränkt wird, weckten in jener Zeit totalitärer und nationalistischer Ideen mein Interesse, so auch das rationale, kosmopolitische Denken Immanuel Kants. Und ausserdem zog es mich in die weite Welt. So schrieb ich mich an der Berliner Humboldt-Universität zum Studium der Auslandswissenschaften ein, mit den Hauptfächern Grossbritannien, Weltwirtschaft und politische Geografie.

Ein Referat über die geistigen Grundlagen des Liberalismus, das ich damals hielt, weckte bei «linientreuen» Zuhörern Anstoss. Freimütige Diskussionen führten dazu, dass ich im Herbst 1943 denunziert und relegiert wurde. Der Dekan nannte mich einen «liberalen Warrkopf», dem die politische Reife fehle. Er habe mich zum manuellen Fabrikeinsatz gemeldet, um mich auf bessere Gedanken zu bringen. Nach diesem Anschauungsunterricht bestand für mich kein Zweifel mehr an den Vorzügen der freien Gesellschaft, zumal man nun auch von den Greueln in Konzentrationslagern hörte und das Kriegsende und der Sturz des NS-Regimes abzusehen waren. Es folgte die Einberufung zum Militärdienst.

Nach dem Krieg begegnete ich namhaften Marktwirtschaftlern: Walter Eucken, Franz Böhm, Friedrich Hayek, Wilhelm Röpke und Ludwig Erhard. Ich hatte auch das Glück, für liberale Publikationen tätig zu sein – von der «Neuen Zürcher Zeitung» und der «Frankfurter Allgemeinen» zum «US News & World Report», zur «WELT» und der Zeitschrift «MUT». In diesen langen Jahren habe ich mich mit Entwicklungen in allen Teilen der Erde in guten wie in schlechten Zeiten befasst. Überall hat sich gezeigt, dass Länder, die dem Markt genügend Spielraum einräumen, besser fahren, als jene, in denen die Wirtschaft reglementiert wird, und sei es aus noch so edlen Motiven – im Namen einer chimären «sozialen Gerechtigkeit».

Was heisst liberal?

Was ist mit «liberal» gemeint? Im Massenzeitalter mit seinem emotionalisierten Denken ist daraus ein sinnentleertes Allerweltswort mit verschiedensten Bedeutungen und Untertönen geworden. Wohl fällt das Lippenbekenntnis zur persönlichen Freiheit den meisten leicht. Trotzdem wird der verpönte Neoliberalismus (ein Schlagwort, über dessen Inhalt sich wenige Gedanken machen) aber zum Prototyp egoistischen Denkens gemacht. Für die einen (Amerika) besteht zwischen liberal und sozialdemokratisch kein grosser Unterschied. Andere (Europa) setzen liberal und konservativ gleich. Manche hoffen, durch einen diffusen Bindestrich-Liberalismus (sozialliberal usw.) möglichst viele Bürger anzusprechen.

Ich möchte dreierlei unterscheiden. Zum Ersten: als menschliche Haltung. Dann ist damit, etwas vereinfacht, die Devise «leben und leben lassen» gemeint im Sinne des «kategorischen Imperativs» Kants und der Maxime «Was du nicht willst, das man dir tut, das füg auch keinem andern zu». Es geht um faires, tolerantes Verhalten, um die möglichst freie Entfaltung aller Bürger, aber auch die Rücksichtnahme auf Nöte und Interessen der Mitmenschen, auf deren Wohlwollen und Hilfe wir alle bisweilen angewiesen sind. Es ist das Bild eines Menschen ohne Scheuklappen und Vorurteile – und nicht des engherzigen Egoisten und gemeinen Profiteurs, wie ihn antiliberaler Kritiker beschreiben. Zum anderen, im grösseren Zusammenhang, ist eine gesellschaftliche Leitidee gemeint. Sie schildert, wie unter weitsichtigen Gesetzen und Normen die Freiheit aller zu sichern ist, und wie Sonderinteressen von Gruppen, Personen, Parteien, Nationen zum Ausgleich kommen können. Das soll bei freien Wahlen und auf freien Märkten geschehen – Märkten, auf denen sich Angebot und Nachfrage im «Entdeckungsverfahren» (Hayek) spontan zum Vorteil aller anpassen. Es geht also nicht um ein Programm, sondern um eine wegweisende Idee. Sie ist zu unterscheiden von liberal klingenden Ideologien, die vielmehr den Sonderinteressen einzelner Gruppen dienen sollen – und nicht dem Allgemeinwohl.

Es geht um faires, tolerantes Verhalten, um möglichst freie Entfaltung aller Bürger.

Schliesslich geht es um den Liberalisierungsprozess, die Verwirklichung liberaler Ideen in der Praxis. Man ist dabei bisher nur teilweise erfolgreich gewesen. Die politische Emanzipation der Menschen aus der Unterdrückung und die Liberalisierung der Weltwirtschaft sind dennoch seit der Aufklärung ein gutes Stück vorangekommen. Mit der Entkolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg und der Öffnung im eurasischen Raum seit den 90er-Jahren wird ein neuer grosser Sprung nach vorne getan. Dazu tragen auch die Zwänge bei, die vom technisch-ökonomischen Fortschritt ausgehen. Sie treiben die Modernisierung und Zivilisierung rund um die Erde voran und erweitern unsere Horizonte.

Sieben Thesen zum Weltgeschehen aus liberaler Sicht

Vieles deutet darauf hin, dass dieser verheissungsvolle Trend im 21. Jahrhundert andauern wird. Die wichtigsten Gründe dafür habe ich im Folgenden zusammengefasst. Es sind gewiss keine gesicherten Wahrheiten und Prognosen, sondern Hypothesen, die seit dem 19. Jahrhundert immer deutlicher hervortreten. Was früher als Möglichkeit erschien, wird nun zur Wahrscheinlichkeit. Im Rückblick auf die Jahrhunderte erscheint mir diese fortschrittliche Perspektive realistischer und plausibler als der von Globalisierungsgegnern an die Wand gemalte Untergang des modernen Kapitalismus und der liberalen Idee. Eher befinden wir uns heute im Frühstadium eines Prozesses, der zur offenen Weltgesellschaft führt.

Wir befinden uns heute im Frühstadium eines Prozesses, der zur offenen Weltgesellschaft führt.

Erste These

Die liberale Leitidee ist im Vormarsch

Wer als Liberaler um 1950 in die Zukunft blickte, hatte gute Gründe besorgt zu sein. Wohl hatte die «freie Welt» des Westens das totalitäre Deutschland und Japan besiegt. Auf dem Siegerpodium triumphierte aber auch der sowjetische und chinesische Kommunismus. Das politische Gesicht der Welt hatte sich grundlegend gewandelt. Die Rote Armee stand an der Elbe; neue Bedrohungen erschienen am Horizont. In den sozialdemokratischen wie den bürgerlichen Parteien wuchs der Glaube an die Segnungen der staatlichen Planwirtschaft mit weitreichenden Eingriffen in den Markt auf Kosten der unternehmerischen Freiheit. Die Tage des Liberalismus schienen gezählt. Nicht umsonst hatte Friedrich Hayek damals sein Buch über den «Weg zur Knechtschaft» geschrieben.

Zum Glück ist es anders gekommen. Sozialismus und Planwirtschaft sind gescheitert. Und doch bietet sich dem kritischen Beobachter auch heute noch ein widersprüchliches, paradoxes Bild. Liberale Parteien sind in der Massengesellschaft fast überall in die Defensive geraten. Die liberale Leitidee mit gleichen Chancen für alle wirkt kaum noch glaubwürdig. Für die Masse der Bürger, vor allem für die Jüngeren, läuft sie auf eine fadenscheinige Ideologie hinaus, die den Interessen bürgerlich-kapitalistischer Schichten dienen und ihre Macht und Vorrechte verschleiern soll. Der organisierte Liberalismus scheint in Europa derzeit keine grossen Möglichkeiten zu haben.

Das ist die eine Seite der Medaille. Zugleich breiten sich dennoch liberale Gedanken aus. Mögen liberale Politiker in Deutschland einen schweren Stand haben gegenüber Mischparteien, die mehr versprechen, in globaler Sicht ist die Liberalisierung im Vormarsch. Kaum eine Partei lehnt die Marktwirtschaft in Bausch und Bogen ab, schon gar nicht in früher kommunistischen Staaten, wie Russland und China. Die Führung beider Länder erkennt die Vorteile möglichst unbehindert arbeitender Privatunternehmen und sucht «kapitalistische» Investoren ins Land zu ziehen. Liberal nennt sich inzwischen «alles, wirklich alles in einem grossen Regenbogen von Sibirien bis Kalifornien», wie der bekannte britische Publizist Timothy Gordon Ash treffend feststellt.

Auch auf dem Weg zur liberalen Demokratie gibt es Fortschritte, obwohl es hier weniger rasch vorangeht und das Bild uneinheitlicher ist. Noch sitzen in Afrika, im Mittleren Osten und in Lateinamerika korrupte Cliques und Diktatoren fest im Sattel. Immerhin werden nach jüngsten Studien schon 98 Staaten als demokratisch und weitere 55 als teilweise demokratisiert eingestuft. Das galt vor hundert Jahren noch kaum für ein Dutzend Nationen. In 140 von 200 Ländern werden jetzt freie Wahlen abgehalten. In 125 Staaten gibt es mindestens teilweise freie Presse. Mit dem ökonomischen Aufstieg und der Entstehung von Mittelschichten wird der Ruf nach Demokratie auch in China und anderswo lauter werden.

Zweite These

Kein anderes Wirtschaftssystem ist bisher erfolgreicher

Ob wir die letzten 200 Jahre, seit dem Durchbruch der liberalen Idee und der Ankunft der Industriegesellschaft oder das letzte halbe Jahrhundert seit der Entkolonialisierung betrachten – mit der Liberalisierung, mit einer immer intensiveren globalen Arbeitsteilung und Spezialisierung, hat sich der materielle Aufstieg der Menschheit ständig beschleunigt und immer neue Schichten erreicht. Das gilt besonders dort, wo sich Marktkräfte unter einer gesicherten Rechtsordnung entfalten konnten – im Gegensatz zu jenen, die sich heute noch weitgehend abschotten, oft um herrschenden Gruppen Privilegien zu sichern und sie vor dem Wettbewerbsdruck des Weltmarktes zu schützen.

Es sind messbare, mit Zahlen belegte Erfolge, wengleich dazu auch andere Faktoren als der Freihandel (Ressourcenreichtum, Technik, Wissen und Bildung) beitragen. Der globale Güteraustausch hat seit 1950 um das Zwanzigfache zugenommen. Im Trend ist der Welthandel damit doppelt so kräftig gestiegen wie die Produktion. Immer mehr Staaten verpflichten sich, die liberalen Spielregeln der Genfer Welthandelsorganisation (WTO) zu respektieren. Ihre Zahl hat sich seit 1948 von 18 auf 146, jene der Entwicklungsländer von 8 auf 123 erhöht (Mitte 2003). Zeitweise Schwächen im Welthandel sind stets wieder durch Phasen kräftigen Aufschwungs abgelöst und von neuen Investitionsschüben begleitet worden.

Der globale Güteraustausch hat seit 1950 um das Zwanzigfache zugenommen.

In dieser Zeit (seit 1950) haben sich Produktivität und Wohlstand, (Pro-Kopf-Einkommen) im Westen vervierfacht und in Asien verfünffacht. Dabei ist die durchschnittliche Lebenserwartung weltweit von 49 auf 67 Jahre gestiegen. In den Industrieländern liegt sie bei 80 Jahren. Nicht alle kommen gleich rasch voran. Die Kluft zwischen den Reichsten und Ärmsten weitet sich aus. Das ist in einer dynamischen Welt, wo einige vorpellen und andere nachziehen, unvermeidlich. Beim Ländervergleich wird das Gefälle jedoch übertrieben. Nach einer Weltbankstudie ist der Anteil der Armen an der Weltbevölkerung seit 1980 bereits von über der Hälfte (56%) auf weniger als ein Viertel (23%) gesunken.

Projektionen für die nächsten 20 bis 25 Jahre lassen neue Fortschritte und einen allmählichen Ausgleich des Wohlstandsgefälles erwarten. Die Weltproduktion könnte sich verdoppeln, bei den Aufsteigern sogar um das Drei- bis Vierfache steigen. Das setzt voraus, dass die globale Liberalisierung vorangetrieben wird. China, das auf diese Entwicklung setzt, peilt eine Vervielfachung der Produktion in 20 Jahren an. Es würde damit als Wirtschaftsmacht die USA bis 2015/20 einholen. Ein britischer Ökonom meint: Man möge die zeitweisen Auswüchse im kapitalistischen System bedauern. Es biete aber immer noch die besten Chancen, um Produktion und Wohlstand zu steigern und bleibe ohne echte Alternative «it's the only game in town».

Europas Wettbewerbskraft wird weiter schrumpfen, wenn es sich der Liberalisierung zu entziehen sucht und an der alten Sozial- und Schutzpolitik festhält.

Dem alten Europa mit hohen Kosten, Unbeweglichkeit und mangelndem Leistungswillen droht dabei der allmähliche Abstieg, nicht zuletzt in Deutschland. Ganz Europas Wettbewerbskraft wird weiter schrumpfen, wenn es sich der Liberalisierung zu entziehen sucht und an der alten Sozial- und Schutzpolitik festhält. Der Anteil des Westens, vor allem Europas, an der Weltproduktion ist schon deutlich rückläufig gegenüber den Aufsteigern. Europa braucht mehr Wettbewerb, auch den Zuzug leistungswilliger Migranten nach dem Prinzip «Freie Bahn dem Tüchtigen», statt die Marktkräfte durch Kartelle und Regulierungen zu knebeln oder ganz auszuschalten. «Der Schutz vor Konkurrenz ist ein Schutz der Faulheit und der geistigen Trägheit», meinte schon John Stewart Mill.

Dritte These

Die liberale Wirtschaftsordnung wird immer wieder durch die Feinde des freien Wettbewerbs gefährdet

In der Praxis gerät liberale Politik unter massiven Druck mächtiger Gegenkräfte, Wirtschaftsverbände und anderer Gruppen, die ihren Einfluss nutzen, um sich echtem Wettbewerb zu entziehen oder ihn zu verfälschen oder um Sondervorteile zu erlangen und zu behalten. Im Tauziehen dieser Kräfte, im Buhlen um die Gunst der Politiker, droht das System zu verfallen und untauglich zu werden. Die marktwirtschaftlichen Spielregeln werden unterlaufen. Die Wettbewerbsordnung wird zerrüttet, wenn man sie nicht durch unabhängige Institutionen daran hindert. Dann gedeihen Filz, Machtmissbrauch, Korruption, Kriminalität und wecken Zweifel an der Fairness und am Bestand der freien Wirtschaft.

Führt der Weg in die pervertierte Marktwirtschaft, die sich selbst zerstört?

Dann gelten nicht mehr Treu und Glauben, sondern das «Gesetz des Dschungels», wo jedes Mittel recht ist, um sich zu bereichern. Wie die «Schweine am Troge» hätten sich Wirtschaftsführer in den Exzessen der jüngsten Vergangenheit benommen, schreibt eine US-Autorin. Der Luxemburger Ökonom Guy Kirsch meint, dies alles zeige, wie inkompetent und zugleich geldgierig und rücksichtslos man geworden sei, vor allem bei den monströsen Firmengiganten. Amerikas Notenbankchef Alan Greenspan glaubt, es gebe heute wohl nicht viel mehr Raffgierige und Charakterlose als früher, die liberalisierte Wirtschaft aber biete immer mehr Gelegenheit zum Missbrauch. Führt der Weg in die pervertierte Marktwirtschaft, die sich selbst zerstört?

Nicht nur die Akteure der Wirtschaft, auch die Interessengruppen (Gewerkschaften, Landwirtschaft, Staatsangestellte, Rentner) tragen dazu bei, wenn sie riesige Staatshilfen, überhöhte Sozialleistungen und behördliche Markteingriffe erzwingen, um sich zu bereichern. Der Sozialstaat lastet den meisten Bürgern untragbare Steuern auf. Nur zu oft wird dann der Loyale geschröpft und der Illoyale belohnt. Die Eigeninitiative leidet. Der Spielraum für Risikoinvestitionen wird eingeengt. Die Wirtschaft muss im internationalen Wettbewerb mit einem Klotz am Bein arbeiten. Das deutsche Beispiel liefert den Beweis dafür, dass dieser Weg zu Stagnation und Massenarbeitslosigkeit führt.

Der Sozialstaat lastet den meisten Bürgern untragbare Steuern auf. Nur zu oft wird dann der Loyale geschröpft und der Illoyale belohnt.

Der Staat sei dabei «fett und faul geworden, wie ein kastrierter Kater», so die «Frankfurter Allgemeine». Wie massiv der Sozial- und Steuerstaat die Bürger heute belastet, führt uns die so genannte Staatsquote, sein Anteil an der Produktion, vor Augen. Im Euroland sind es durchschnittlich 50%, in den USA 35%, in Russland 30%, in China und Indien etwa 20%. Kein Zweifel, dass diese Quote in Europa weit über dem Niveau liegt, bei dem die Marktwirtschaft optimal arbeiten kann. Experten des Weltwährungsfonds (IWF) schätzen, dass ein effizienter Staat höchstens 30% des Sozialprodukts benötigt, um alle administrativen und sozialen Aufgaben erfüllen zu können.

Vierte These

Die freie Gesellschaft braucht einen schlanken, aber starken Staat

Kein Zweifel: Wirtschaft und Gesellschaft sind in die Hände mehr oder weniger mächtiger Gruppen, Parteien und Personen gefallen, die ihre Sonderinteressen voranstellen – ohne viel Rücksicht auf andere. Über die Spielregeln der Marktwirtschaft und das langfristige Gemeinwohl setzen sie sich ohne Skrupel hinweg, wenn sie daran nicht durch den Staat als übergeordnete Instanz gehindert werden. Gemeint ist nicht der überdehnte, bürokratische Wohlfahrtsstaat, sondern ein schlanker, starker von Verbänden und Lobbys unabhängiger Staat, der die Wettbewerbsordnung konsequent durchsetzen kann. Hier liegt die entscheidende Schwachstelle aller mehr oder weniger liberalen Systeme unserer Zeit.

Hier sei ein Vergleich mit dem Fussballspiel gestattet, für das ein festes, überall respektiertes Regelwerk gilt. Auf dem Fussballfeld würde pure Willkür herrschen und zu ständigem Streit führen, gäbe es keine unabhängigen Schiedsrichter, die dafür sorgen, dass die geltenden Regeln befolgt werden, ohne dabei einzelne Mannschaften oder Spieler zu bevorteilen. Ein Foul wird unwiderruflich geahndet. Bei grobem Verstoss gibt es Platzverweis – ohne Einspruchrecht. In der Wirtschaft fehlen solche neutrale Schiedsrichter, die Missbräuche mit aller Strenge ahnden und verhindern, dass Regelbrecher die Wettbewerbsordnung zerrütten.

Das sind keine neuen Einsichten. Liberale Denker waren immer davon überzeugt, dass die Freiheit des Einzelnen am Markt durch den Staat, durch eine unantastbare Rechts- und Wettbewerbsordnung eingegrenzt werden müsse. So hatten die Ordo-Liberalen, die sich um Walter Eucken scharten, schon in den 30er-Jahren einen starken Staat gefordert, um den «dritten Weg» zwischen Kommandowirtschaft und «Laissez-faire» zu bahnen. Der Staat sollte sich aus dem Wirtschaftsprozess, dem Marktgeschehen, heraushalten und auf den Schutz der Wettbewerbsordnung konzentrieren. Auch Ludwig Erhard war dieser Meinung, musste unter dem Druck der Interessengruppen aber kapitulieren.

Fünfte These

Die freie Gesellschaft leidet an den Schwächen ihrer Demokratie

Ein Hauptgrund der Misere liberaler Politik ist politischer Natur. In einer verfilzten, führungsschwachen Demokratie können die Mächtigen ihre Sonderinteressen leicht durchsetzen und auch weit-sichtige Reformen vereiteln, verwässern oder auf die lange Bank schieben, wie dies in den letzten Jahrzehnten in vitalen Bereichen, wie bei Renten, Sozialversicherungen und im Bildungswesen geschehen ist. Den Demokratien unserer Tage fehlen die Bremsen, die «checks and balances», wie es in Amerika heisst, um Gruppenmacht auf nationaler wie internationaler Ebene in Schach zu halten. So sind demokratische Gesellschaften zu Oligarchien entartet, in denen oft «faule Kompromisse» entscheiden – und nicht Einsicht, Weitsicht und Vernunft.

In einer verfilzten, führungsschwachen Demokratie können die Mächtigen ihre Sonderinteressen leicht durchsetzen.

Die Gewählten verwandeln sich bald in eine neue tonangebende Kaste mit Stützen, Seilschaften und Sympathisanten in allen Schichten. Das alte Machtspiel beginnt von vorn. Man erinnert sich an Werke italienischer Politologen, die diesen Trend um 1900 kommen sahen – an ihre Thesen von der herrschenden «politischen Klasse» (Gaetano Mosca), vom «Kreislauf der Eliten» (Vilfredo Pareto). Im verfilzten und vermachteten Korporativstaat, wie in der Konkordanzdemokratie, sind wir nicht mehr weit vom «ehernen Gesetz der Oligarchie» (Robert Michels) entfernt. In diesem auf Koalitionen und Konsensdenken bauenden System ist echte politische Konkurrenz unerwünscht und kein Platz für den unabhängigen Schiedsrichterstaat, der das Wohlergehen der Marktteilnehmer und Interessengruppen überwacht.

Gegen eine solche «inhärent korrupte» Demokratie ohne wirkliche Gewaltenteilung war Friedrich Hayek vor Jahrzehnten zu Felde gezogen. Er sprach von einer «Schacherdemokratie», in der Mehrheiten regieren, die durch «Kuhhandel» der Parteien zustande kommen. Das Gemeinwohl bleibe dabei auf der Strecke. In der heutigen fragwürdigen Demokratie sah er eine Fehlkonstruktion und legte Verbesserungsvorschläge für ein Zweikammersystem vor. Die Arbeit der einen Kammer, in der die Parteien regieren, sollte auf die laufenden Geschäfte beschränkt sein. Die Gesetzgebung dagegen wollte er einer zweiten Kammer aus fachlich kompetenten und politisch unabhängigen Personen übertragen, die den Blick weit über den Tellerrand des Tagesgeschehens werfen könne.

Bei der «politischen Klasse» haben weder Hayeks Ideen noch andere Reformen Anklang gefunden, mit denen die Parteien entmachtet und die Korrumpierung erschwert würde. In England und Amerika sind Systeme diskutiert worden, bei denen Volksvertreter nach dem Zufallsprinzip für fünf Jahre ausgelost würden ohne Wiederwahl, um die Gruppenmacht zu brechen. Auch die Besetzung anderer Posten würde durchs Los entschieden oder nach dem Rotationsprinzip geregelt. Jeder kann kandidieren. Dann wird ein kleiner Kreis durchs Los bestimmt. Die Auserwählten müssten schriftliche und mündliche Prüfungen ablegen, ehe endgültig entschieden wird.

Man mag über solche Ideen geteilter Meinung sein. Sie berühren jedoch eine Schwachstelle in der heutigen «unbeschränkten» Demokratie, die keiner höheren, unabhängigen Instanz unterworfen ist.

Eine liberale Wirtschaftsordnung aber hilft wenig, wenn der Staat nicht wirksam eingreifen kann, um ihre Spielregeln durchzusetzen. Radikale Reformen wären nötig, stossen bei den am Status quo interessierten Politikern wie bei den ökonomischen und

Eine liberale Wirtschaftsordnung hilft wenig, wenn der Staat nicht wirksam eingreifen kann, um ihre Spielregeln durchzusetzen.

politisch wenig aufgeklärten Wählermassen aber auf Unverständnis. Da ist guter Rat teuer, wie die inhärent korrupte Demokratie vom Parasitentum befreit werden soll. Hayek meinte einmal, es könne ein bis zwei Jahrhunderte dauern und mancher Krise bedürfen, ehe es Demokratien geben werde, die den Namen verdienen.

Sechste These

Noch fehlt der aufgeklärte Bürger

Heute klafft eine weite Lücke zwischen dem Recht des Bürgers auf demokratische Mitbestimmung einerseits und seiner politischen Urteilskraft, seiner ungenügenden Bildung, andererseits. Von der «selbstverschuldeten Unmündigkeit» der Menschen, von ihrem Unvermögen, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, war schon vor über 200 Jahren bei Kant die Rede. Er hatte wenig Hoffnung, dass sich an diesem Geisteszustand sehr bald viel ändern werde. In der Faulheit und Feigheit der breiten Masse sah er die Hauptgründe. Es sei zu bequem, unmündig zu bleiben. Der Weg zur freiheitlichen Weltgesellschaft, der ihm vorschwebte, werde noch lang und steinig sein.

Erziehung und Aufklärung waren auch für John Stewart Mill, den wegweisenden Liberalen des 19. Jahrhunderts, die Vorbedingung einer liberalen Verfassung. Sie setze eine «zivilisierte Gesellschaft» voraus. Bürgerliche Rechte seien, wie er betonte, nicht schon durch die Existenz eines Menschen gerechtfertigt (Geistesranke und Kinder ausgenommen). Nur reife und aufgeklärte Bürger könnten von ihrer Freiheit weisen Gebrauch machen. Deshalb müsse jeder erst zu einem denkenden Wesen erzogen werden, um seine eigenen Interessen und diejenigen der anderen selbständig beurteilen und verantwortlich handeln zu können.

Nur reife und aufgeklärte Bürger könnten von ihrer Freiheit weisen Gebrauch machen.

Aber der Bildungsprozess breiter Schichten ist im 20. Jahrhundert, auch in den letzten Jahrzehnten, hinter dem rasanten Fortschritt von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft zurückgeblieben. Nach internationalen Kompetenzstudien erfüllen in den meisten Industrieländern kaum die Hälfte der Bürger die Anforderungen (Lesen, Schreiben, Rechnen) der modernen Gesellschaft. In Deutschland wird man sich dessen bewusst, seit die so genannten PISA-Studien alarmierende Denk- und Wissensschwächen bei den Jüngeren bestätigen. Auch hapert es am Interesse für Politik. Ökonomen sprechen von allzu engen «kognitiven» Grenzen der Wähler, die es den meisten schwer machen, die Zusammenhänge überhaupt zu verstehen.

Offenkundig ist auch, dass die moderne Massengesellschaft zur Gleichrichtung der Meinungen und Verkümmern des kritischen Denkens führt und damit die Bereitschaft zur Eigenverantwortung schwindet. Hier herrscht, noch mehr als früher, das «Gesetz der Nachahmung» (Gabriel Tarde), der massenpsychologischen Ansteckung bis zur Hysterie, wie man es bei fast jedem ungewöhnlichen Ereignis, bei jeder der vielen Angstpsychosen immer wieder erlebt. Der dominante Menschentyp ist der Nachahmer und Mitläufer, der sich in der Herde sicher fühlt. Er will nur wissen, «wo es lang geht» und folgt fast schon blindlings den absurdesten Parolen und Moden.

Sind die Medien daran schuld? Sie arbeiten unter dem Hochdruck der Kommerzialisierung und haben kaum Zeit, um allem und jedem kritisch nachzugehen. So entsteht ein oberflächliches, vielfach irreführendes Bild des Geschehens, das kaum jemand versteht und nicht verstehen muss. Das Verstehen überlässt man den Meinungsmachern. Eigenes Denken wird durch bequemes «Nachvollziehen» ersetzt, bei dem kaum noch nach Hintergründen und tieferen Zusammenhängen gefragt, sondern nachgeredet wird. Man denkt «von da her» und beliebig («Ich sag mal»). So schreitet die kollektive Verdummung einer auf Hochtouren laufenden Spassgesellschaft fort. Wie soll in diesem Umfeld ein selbständiges Urteil entstehen?

Die kollektive Verdummung einer auf Hochtouren laufenden Spassgesellschaft schreitet fort.

Es wäre zu einfach, diese Fehlentwicklung den Medien anzulasten. Sie spiegeln eher den «Zeitgeist» wider, als ihn zu bestimmen. Die Gründe liegen in Elternhaus und Schule, im sozialen Umfeld der Massengesellschaft – eine Entwicklung, die sich nicht von heute auf morgen, höchstens über Generationen ändern lässt. Eine liberale Gesellschaft aber, die Bestand haben soll, verlangt mündige Bürger, die des selbständigen Denkens und Handelns fähig sind. Vom Austritt aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit sind wir meilenweit entfernt. Es wird lange dauern, vielleicht Jahrhunderte, ehe der aus «krummem Holz geschnitzte Mensch» (Kant) klug genug geworden ist, um eine «freie Weltgesellschaft» zu gründen und in ihr leben zu können.

Siebte These

Der freien Gesellschaft droht der moralische Verfall

Ein funktionsfähiges Gemeinwesen braucht moralische Verhaltensregeln. Auch hier bleibt die Entwicklung hinter dem materiellen Fortschritt zurück. Die Gesellschaft befindet sich in einem Prozess der Demoralisierung. Von der Geldgier und Unanständigkeit vieler Geschäftsleute und Politiker, die sich schamlos bereichern und das Vertrauen der Bürger missbrauchen, war schon die Rede. Treibt der entfesselte «Turbokapitalismus» in einen Zustand der «Anomie» (Emile Durkheim) der Norm- und Regellosigkeit, wie ihn Soziologen nennen? Skeptiker warnen seit langem vor dem Zusammenbruch aller Werte in der modernen Gesellschaft mit ihren überspannten materiellen Erwartungen und der «Entfremdung» der Menschen voneinander.

So hatte Wilhelm Röpke, Mitstreiter Ludwig Erhards, die moralische Dimension der freien Marktwirtschaft nach dem Krieg stark betont. Das Spiel der Marktkräfte, bei dem jeder seinen Vorteil suche, müsse sich auf eine «Ethik der Gemeinschaft» stützen. Wer auf den Markt gehe, müsse eine gewisse Moral mitbringen, die er nicht erst im Markt lerne, sondern in der Familie, Schule, Kirche und echten Gemeinschaften: das heisst Selbstdisziplin, Gerechtigkeits- und Gemein Sinn, Fairness, Ehrlichkeit, Masshalten und andere beständige Werte. «Die Marktwirtschaft ist nicht alles. Sie muss in einen höheren Gesamtzusammenhang eingebettet sein.» Ihm schwebte eine «Ethik mittlerer Höhenlage» vor, wie sie im Alltag üblich und mit der Sorge für sich und die Seinen vereinbar sei.

Wer auf den Markt geht, muss eine gewisse Moral mitbringen, die er nicht erst im Markt lernt.

Man muss nicht unbedingt Röpkes Meinung sein, die im Christentum tief verankert war. Auch andere Wege, die weniger dem Glauben als der Vernunft folgen, stehen dem Liberalen offen. Die freie Gesellschaft muss nicht aus lauter tugendhaften, altruistischen Gutmenschen bestehen, die bereit sind, den eigenen Vorteil aus purer Nächstenliebe zum Wohle anderer zurückzustellen, um «Gutes» zu tun. Auch ein «Bösewicht» kann sich aus purer Eigensucht an den kategorischen Imperativ halten und «Gutes» tun, weil es ihm nützlich erscheint – also nicht um seiner selbst Willen, sondern im gegenseitigen Interesse. Dann spricht nicht die «Stimme des Herzens», wohl aber die «Stimme der Vernunft».

Kant meint in Traktat «Zum ewigen Frieden», auch ein Volk von Teufeln, konsequenten Egoisten, die Verstand hätten, könne moralische Grundsätze befolgen. Man glaube, so Kant, dass nur eine Gemeinschaft von Engeln imstande wäre, sich über eine freiheitliche Verfassung zu einigen, weil der Mensch mit seinen selbstsüchtigen Neigungen und bösen Gesinnungen dazu unfähig sei. Der Mensch brauche aber die Hilfe des anderen. So könne sich auch ein moralisch nicht guter Mensch gezwungen sehen, ein guter Bürger zu sein. Nicht seine «innere Moralität» zwingt ihn dann, sich an Verfassung und Gesetz zu halten, sondern sein Selbstinteresse. Eine gute moralische Bildung des Volkes sei auch eher von guten Gesetzen zu erwarten als umgekehrt.

Bildung, Aufklärung und Vernunft haben liberalen Ideen den Boden bereitet. Der «Zeitgeist» der heutigen Massengesellschaft ist dafür wenig günstig. Langfristig aber scheinen wir uns in einem irreversiblen Prozess zu befinden, in dem uns die Einsicht in die Notwendigkeit zur «klügeren» Gesellschaftsmoral führt. Um nochmals Kant anzuführen: «Das moralische Böse hat die Eigenschaft, dass es in seinen Absichten sich selbst zuwider und zerstörend ist und so dem Prinzip des Guten, wiewohl durch langsame Fortschritte, Platz macht.» Es ist diese auf Vernunft und Einsicht bauende optimistische Grundhaltung, die liberales Denken seit eh und je geprägt hat.

Fazit

Auch der Liberalismus kennt keine Einbahnstrasse zu Wohlstand und gesellschaftlicher Harmonie. Der Weg führt über das Auf und Ab der Konjunkturen. Dabei verschieben sich die Schwergewichte in immer neue Länder und Regionen. Im Trend aber ist die liberale Leitidee mit dem ökonomischen Aufstieg der Menschheit verbunden gewesen. Im 21. Jahrhundert wird der eurasische Raum, werden vor allem China, Indien und Russland bei weiterer Liberalisierung zu neuen Kraftzentren. Es ist ein Prozess, der über Jahrhunderte hinweg zu immer besseren Lebensbedingungen und zur allmählichen Zivilisierung der Menschen geführt hat, wie sie der Soziologe Norbert Elias beschrieben hat.

Zwischen Freiheit und Ordnung

In diesem Prozess stossen progressive und retardierende Kräfte aufeinander, wie bei den langen Wellen der Konjunktur. Zeiten liberaler Politik mit stärkerer unternehmerischer Aktivität und raschem Wachstum folgen Phasen vermehrter staatlicher Kontrolle und gebremster Dynamik. Technisch-ökonomische Neuerungen, die sich in der modernen Wirtschaft bald durchsetzen, prallen auf viel trägere Institutionen

Stets widersetzen sich jene dem Fortschritt, die den Wandel fürchten und ihre Interessen gefährdet sehen.

und soziale Strukturen. Stets widersetzen sich jene dem Fortschritt, die den Wandel fürchten und ihre Interessen gefährdet sehen. Die heutige Antiglobalisierungsbewegung zeugt davon. Es mag zwei bis drei Jahrzehnte dauern, bis sich der gesellschaftliche Rahmen angepasst hat, dann setzen Technik und Wirtschaft doch schon wieder zu einem neuen Schub an.

In einer noch weiteren Sicht erscheint die Welt im Wechselspiel von Freiheit und Ordnung, auf dem auch die liberale Konzeption fusst. An diesem Spannungsverhältnis dürfte sich auch auf absehbare Zeit wenig ändern. Schlägt das Pendel zu weit in der einen Richtung aus – zur Anarchie oder Diktatur –, wachsen spontan die Gegenkräfte, die zur Korrektur führen und mit der Zeit wieder übers Ziel hinausschiessen. Es gilt in jeder Phase, Mass und Mitte zu suchen, um die unvermeidlichen Pendelschläge im Auf und Ab des Geschehens zu mässigen. Fortschritt ist Stückwerk. Wir können die Welt nicht von Grund auf ändern, wohl aber die Chancen des Aufstiegs verbessern.

Es ist ein vielfältiges Bild mit vielen Fragezeichen. Dennoch sehe ich der Zukunft zuversichtlich entgegen. Als ich vor 80 Jahren geboren wurde, war der Liberalismus im Niedergang. Vor 60 Jahren, mitten im Krieg, schien er gestorben. Vor 40 Jahren hatte Erhards Marktwirtschaft doch ein «Wunder» gebracht. Vor 20 Jahren, in der Reagan-Thatcher-Ära, kamen neue Impulse aus Amerika und England. Heute gerät die Liberalisierung im Westen ins Stocken. Doch schon hat die liberale Idee die einst kommunistischen Länder und andere Aufsteiger erfasst. Sie werden die Fackel weiter tragen und, wenn sie auf diesem Weg bleiben, bald das ökonomische Übergewicht gegenüber dem Westen gewinnen.

Ein doppelt so alter Zeitzeuge sieht der Zukunft nicht minder optimistisch entgegen. Ich meine den britischen «Economist», der im Juli 160 Jahre alt wurde. Die Menschheit habe riesige Fortschritte gemacht, die keiner für möglich hielt, schrieb das Blatt im Rückblick. In grossen Teilen der Welt bleibe die Lage dennoch unbefriedigend. Man werde wohl auch in den nächsten 160 Jahren noch unermüdlich für die liberale Idee kämpfen müssen. Kein Zweifel: das Ziel bleibt in weiter Ferne. Vieles aber spricht dafür, dass die Menschheit im 21. Jahrhundert einen neuen grossen Sprung nach vorn tun und der Leitidee einer freien, fairen und friedlichen Weltgemeinschaft näher kommen wird.

Alfred Zänker

Für das Gesetz des Handelns

Public Relations: Handwerk ohne Form?

Wenn über 6500 junge Schweizer derzeit an den Universitäten und Fachhochschulen des Landes Kommunikation studieren und davon achtzig Prozent in den nächsten vier Jahren in die Branche der Public Relations (Öffentlichkeitsarbeit) einsteigen wollen, muss die Frage gestellt werden, ob dies Sinn macht oder vielmehr eine Wissens- und Geldvernichtung erster Güte bedeutet. Es gibt bis zur Stunde weder eine national oder international geordnete und allgemein anerkannte Aus- und Weiterbildung für diese offensichtliche Wachstumsbranche. Es gibt in den Unternehmen, Verbänden und öffentlichen Verwaltungen, die sich der Public Relations-Berater, mit oder ohne Diplom, bedienen, auch keine gesicherte Vorstellung darüber, wo man sie einsetzen und mit welchen Aufgaben betrauen soll. Was es gibt, ist ein Nachfrageboom an Kommunikationsfunktionen, der sich leicht als Blase herausstellen kann, wenn die Branche sich nicht bald einmal eine professionelle Struktur verleiht. Im Augenblick handelt es sich bei den Public Relations um ein Handwerk, das sich durch «learning by doing» vermehrt und manchmal auch verbessert; was ihm fehlt, ist die Form.

Es gibt ein Nachfrageboom an Kommunikationsfunktionen, der sich leicht als Blase herausstellen kann, wenn die Branche sich nicht bald einmal eine professionelle Struktur verleiht.

Mehrheitlich wird die moderne Öffentlichkeitsarbeit auf das ausgehende 19. Jahrhundert zurückgeführt, als die amerikanischen «robber barons», aggressive Kapitalisten der 2. amerikanischen Industrialisierungswelle, mit den erstarkenden Gewerkschaften in Konflikt kamen und sich der Techniken der bewussten und gesteuerten Information bedienten, um die Arbeitnehmer und deren Gewerkschaften zu diskreditieren. Den nächsten wichtigen Schub vermittelte die amerikanische Diplomatie gegen Ende des 1. Weltkriegs. Aus der Zusammenarbeit der US-Regierung mit talentierten Kommunikatoren entstanden die heute legendenumwitterten Gründerväter der PR- und Werbeszene des 20. Jahrhunderts. Fünfzig Jahre, zwischen 1920 und 1970, boomte das von US-Firmen angeführte Business der heute klassischen Werbung. PR oder Öffentlichkeitsarbeit (um diese Definitionen wird seit der ersten Stunde gerungen) lagen noch «below the line» in jenem Budgetbereich, wo jenes Geld eingesetzt wurde, das nach der klassischen Print-, Radio- und Fernsehwerbung übrig blieb.

In den 50er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts setzte der Aufschwung der zeitgemässen Pressearbeit ein, fast ausschliesslich auf die Printmedien und das Radio ausgerichtet. Heute ist daraus die Medienarbeit geworden, die auch die elektronischen Medien umfasst, die seit gut zehn Jahren einen immer grösseren Meinungsmarktanteil gewonnen haben. Mit dem Aufschwung der Medien, deren zunehmender Aggressivität, die im Watergate-Skandal einen Höhepunkt fand, der seither zur Messlatte für guten Journalismus geworden ist, mussten auch die Unternehmen und ihre Verbände die Kommunikation aufrüsten. Sie wuchs aus der damaligen Pressearbeit heraus und häutete sich zu den Public Relations, die heute bei der Jugend eine gleiche magische Anziehungskraft gewonnen haben, wie dies vor fünfzig Jahren für die heute klassisch gewordene Werbung galt.

Seither, in den letzten dreissig Jahren, ist ein Prozess in Gang gekommen, der seinen Abschluss noch lange nicht gefunden hat: Aus dem Stiefkind der Kommunikation, der Presse- und PR-Tätigkeit, wurde eine hochmoderne, gut bezahlte und attraktive neue Dienstleistung. Die Beziehungen zum herkömmlichen Marketing mit der ihm eng verbundenen klassischen Werbung blieben seit Jahrzehnten gestört. Sie sind gekennzeichnet von Kämpfen um die Führung der Kommunikation innerhalb und ausserhalb der Unternehmen. In den meisten Unternehmen bleibt sie bis heute unbeantwortet, weil die Generation der jetzt abtretenden Unternehmer und Spitzenmanager noch in der klassischen Kommunikationsideologie erzogen wurde. Doch, dem Zwang der Budgetierungspraxis folgend, die Einheitlichkeit und Ergebniskontrolle verlangt, entwickelte sich aus dem Widerspruch zwischen Marketing/Werbung und Pressearbeit/Public Relations die neue Lösung: Corporate Communications. Seit gut zwanzig Jahren ist eine wachsende Zahl von Unternehmen dazu übergegangen, die Kommunikation nach innen (in das Unternehmen hinein zu den Mitarbeitern) und die Kommunikation nach aussen (zu allen Zielpublika von den Lieferanten zu den Kunden, den Aktionären und den NGO's, um nur einige Beispiele zu nennen) so geschlossen wie möglich zu realisieren.

Der seither ungebrochene Kommunikationsboom hat ebenso die einheitliche Führung von oben her erzwungen, wie er gleichzeitig in eine Fülle von Dienstleistungen aufgesplittert ist, deren hohe Spezialisierung nicht identisch ist mit dauerhaftem Erfolg in der kundenbezogenen Leistung. Die grosse Dynamik der Kommunikationsbranche, die nicht einmal diesen

Mancher Unfug konnte als grosse Leistung verkauft werden.

Dachbegriff für sich hat reservieren können, sondern mit vielen Technologieanbietern teilen muss, zeigt sich an der Gewalt dieses Vorstosses wie am Regenbogen der Einzeldienstleister, wo jeder um seinen Marktanteil und seine Budgets kämpft. Was erst kürzlich mit herrscherlicher Gebärde des kommenden Kommunikationsführers antrat (Websites, Eventmarketing, Sponsoring), brach bald unter dem Druck neuer Aufgabenstellungen und eingeschränkter Budgets wieder zusammen.

Gerade die 90er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts, wo überaus viel Geld für relativ wenig Intellekt zur Verfügung stand, förderten einen Kommunikationsboom, der auf tönernen Füßen stand. Jetzt, im Zusammenbruch dieser virtuellen Welten, dessen Ende noch nicht abzusehen ist, muss auch die Kommunikationspraxis wieder auf die Füße fallen, um ihre Existenzberechtigung nicht infrage zu stellen. Gemessen am Kommunikationswissen der obersten Unternehmensleitungen, das sich nur mit der Fähigkeit zur «naiven Kommunikation» bezeichnen lässt, die sich jeglicher Reflexion versagt, haben die «by doing» lernenden Kommunikationsprofis einigen Vorsprung herausgearbeitet. So konnte auch mancher Unfug als grosse Leistung verkauft werden.

Brillante Beispiele solchen Unvermögens sind der Name «Unique» für den Zürcher Flughafen oder der unkoordinierte Einsatz des kanadischen Gestalters Tyler Brulé für die Fluggesellschaft «Swiss». Aber auch der Niedergang bekannter Schweizer Marken wie Feldschlösschen, Bally oder Ovomaltine ist letztlich auf die verlorene Kunst nicht nur der guten Unternehmensführung, sondern auch der Qualität der dafür notwendigen Kommunikation zurückzuführen.

Die Problematik des «Handwerks ohne Form» lässt sich auf die Fragen zurückführen: Was unterscheidet einen Presse- und Medienberater von einem «spin doctor» oder einem Public-Relations oder Investor-Relations-Berater? Wofür ist ein Marketing-Berater zuständig? Wie grenzt er sich von einem PR- oder Werbeberater ab? Was tun dann die Corporate-Identity- oder die Corporate-Design-Berater? Sind die Financial Relations «out», weil sie von den Investor Relations abgelöst wurden? Wo sind die Event-Berater usw. einzuordnen? Wer entscheidet, wohin das Geld fließt und wie die Ergebnisse dieser Tätigkeiten einzuschätzen sind?

Das Chaos in der Kommunikation ist auf deren überaus gemischte Herkunft zurückzuführen.

Das Chaos in der Kommunikation ist auf deren überaus gemischte Herkunft zurückzuführen: Ein Bastard aus medialer Praxis und Soziologie, durchwirkt von allen Philosophien und Ethiken der letzten hundert Jahre, mühsam eingeordnet in die Betriebswirtschaftslehre (dort aber als bunter Hund) und bisher kaum berücksichtigt in der Volkswirtschaftslehre, wo die immateriellen Werte aufgrund der Vorkommnisse in den Bilanzen grosser amerikanischer und europäischer Konzerne einen neuen Bedeutungsrückschlag erlitten haben.

Gibt es Lösungsansätze?

An dieser Stelle kann nur darauf verwiesen werden, dass weder die Berufsverbände noch die Hoch- und Fachhochschulen bisher ein überzeugendes Modell für den richtigen Einsatz der Kommunikation geliefert haben. Qualität in der Leistung wurde nicht erzielt aufgrund systemischer Überlegungen, sondern meist aufgrund individueller Leistungen und Beziehungen, mittels hoher Budgets, wie dies in den USA mehr verlangt wird als in Europa, und aufgrund des einfachsten Erfolgsprinzips, des Meisters Zufall, der den richtigen Zeitpunkt erwischte. Der Autor vertritt die Auffassung, dass die höchste Form der Kommunikation das Schweigen ist, es aber nur wenige Institutionen gibt, auch nicht der Vatikan, die sich dies in der heutigen Welt leisten können und wollen.

Der Autor vertritt die Auffassung, dass die höchste Form der Kommunikation das Schweigen ist.

Wer dann aktiv kommuniziert, muss sich die innere und äussere Welt der Firmen und Institutionen als hierarchisch gegliedert vorstellen. Mangels besserer Erkenntnisse dienen als Basis (Fuss) der Kommunikation weiterhin die Marketing Communications. Es handelt sich dabei um die klassischen Kommunikationsinstrumente für den Absatz von Waren oder Dienstleistungen. Eine relativ neue und den Marketing Communications qualitativ übergeordnete Form der Kommunikation sind die Corporate Communications.

Dies sind Dienstleistungen, die sich alleine auf das ganze Unternehmen beziehen und nicht auf Waren und Dienstleistungen desselben. Zu den Corporate Communications gehören die Investor Relations, die Human Relations (Kommunikation mit den Mitarbeitern), das Corporate Sponsoring (im Unterschied zum Produktsponsoring), die Publikationen und Filme sowie die Corporate Events aller Art. Die höchste Stufe der Kommunikation sind die geheimnisvollen Public Affairs, die Gestaltung der Beziehungen eines Unternehmens zu der sie umgebenden lokalen, nationalen und globalen Öffentlichkeit.

Stets ist zu unterscheiden, ob die Kommunikationsmassnahmen auf den direkten Absatzmarkt, die unternehmerische Glaubwürdigkeit oder die langfristige Einbindung des Unternehmens in die Gesellschaft ausgerichtet sind. Erst im Zusammenwirken dieser drei Handlungsebenen entsteht die dauerhaft positive Wirkung des Unternehmens nach innen und aussen. Beispiele dafür sind grosse Konzerne wie Nestlé oder General Electric (GE), die dank ihrer bewussten und nicht naiven Kommunikation auch in der Lage sind, grössere Krisen (Babymilch, Ausscheiden von Jack Welch) zu überwinden. Die über Jahre aufgebaute Glaubwürdigkeit ist dann ein Mehrwert, der voll zum Tragen kommt.

Die über Jahre aufgebaute Glaubwürdigkeit ist ein Mehrwert, der voll zum Tragen kommt.

Weil die Dienstleistungsbranche Kommunikation, in der die klassische Werbung von immer geringerer Bedeutung ist, weiter mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten an Aufmerksamkeit gewinnt, ist auch der Staat voll auf diesen Zug aufgestiegen. Die grossen kantonalen Verwaltungen und die Departemente des Bundes haben im Bereich der Kommunikation noch rascher aufgebaut als dies der Wirtschaft möglich gewesen ist. Gerade dort aber sind die kommunikativen Leistungen weit unter ihren Möglichkeiten und den kommenden Notwendigkeiten angesiedelt. Die allertiefste Ursache dieses Ungenügens ist das Zusammenfallen der kommunikativen Aufgabe mit dem Prinzip der Macht. Kommunikation ist weitaus älter als die gut hundert Jahre der jüngeren Moderne. Sie war in Europa bis zur Renaissance aber dem Militär (Kaiser, König, Fürsten) sowie der Kirche vorbehalten, die sehr wohl auf der Klaviatur der Kommunikation zu spielen wussten.

Die wirklich Mächtigen in Wirtschaft und Politik wissen das Instrument der Kommunikation meist klug einzusetzen; ein diesbezügliches Versagen würde gleichzeitig deren Bedrohung bedeuten, wie gerade jetzt viele Beispiele aus Wirtschaft und Politik beweisen. Insofern ist dieses Handwerk ohne Form ein höchst demokratisches Instrument, das dem wirklich Begabten ausserordentliche Möglichkeiten zum beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg eröffnet.

Klaus J. Stölker

Wer ist die Klaus J. Stöhlker AG?

Die 20-jährige Klaus J. Stöhlker AG ist eine der strategisch führenden PR-Beratungen der Schweiz. 16 Mitarbeiter in Zollikon und Berlin betreuen rund sechzig Firmenmandate auf den Gebieten der Kommunikation.

Die Kommunikationsstrategie, welche Stöhlker verfolgt und laufend ausbaut, basiert auf ganzheitlichem, unternehmerischem Denken und der Grundthese: Kommunikation ist Sachverstand und Energie. Dazu hat Klaus J. Stöhlker das Fachbuch «Wer richtig kommuniziert, wird reich» veröffentlicht.

Der von den Medien oft zitierte Klaus J. Stöhlker regt durch provokative Äusserungen zum Nachdenken an. Für ihn gilt jedoch die ursprüngliche Interpretation des Wortes «provozieren»: etwas bearbeiten, damit Wachstum entstehen kann; etwas prüfen, damit man es besser versteht. Die intensive Auseinandersetzung mit seiner Wahlheimat zeigt sich auch in seinen letzten Büchern «Die Schweiz im Blindflug» und «Adieu la Suisse – Good morning Switzerland».

Klaus J. Stöhlker AG
Zollikerstrasse 114
CH-8702 Zollikon
Telefon 0041 1 396 48 88
Fax 0041 1 396 48 99
E-Mail klaus.stoehlker@stoehlker.ch

Stöhlker & Partner GmbH
Alt Stralau 19
D-10245 Berlin
Telefon 0049 30 216 40 54
Fax 0049 30 216 20 36
E-Mail deutschland@stoehlker.de

Klaus J. Stölker AG, Zollikon-Zürich
Stölker & Partner GmbH, Berlin